

## Antrag an den 10. Landesparteitag am 11./12. November 2017 in Butzbach

**Thema: Änderungsantrag zum Antrag 01 „Landespolitische Eckpunkte“**

**Antragsteller: DIE LINKE Kreisverband Vogelsberg**

Der 10. Landesparteitag möge beschließen:

1 Abschnitt: **Gemeinsam für ein soziales, ökologisches, friedliches und buntes Hessen**

2 **Politikwechsel jetzt!**

3

4 Zeile 36 letztes Wort ändern:

5 ursprünglich „schufteten“, neu: **arbeiten.**

6 **Begründung:** So, wie in anderen Lohnbereichen auch geschuftet wird, wird im  
7 Niedriglohnbereich gearbeitet.

8 Zeile 37 Erster Satz neu:

9 Immer mehr Menschen werden dazu gezwungen sich zur Existenzsicherung auf zeitlich  
10 befristete Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit, Schein- und Soloselbständigkeit einzulassen.

11 **Begründung:** „Ausbreitung“ liest sich, als wäre es ein natürliches Phänomen. Die oben  
12 aufgeführten Erwerbsmöglichkeiten kommen aber deshalb zustande, weil es für, von  
13 Arbeitseinkommen abhängige Menschen oftmals keine andere Chance gibt ein Einkommen  
14 zu erzielen.

15 Zeile 87 Erster Satz neu:

16 DIE LINKE ist die entscheidende sozial-ökologische Kraft gegen die schwarzgrüne  
17 Landesregierung.

18 **Begründung:** Es kommt darauf an, das „Sozial-Ökologische“ als  
19 Alleinstellungsmerkmal der LINKEN in das Bewusstsein der Menschen zu rücken und das  
20 nicht nur als Opposition, sondern generell als gesellschaftliche Kraft.

21

22 Abschnitt: **Bezahlbar Wohnen — Der Wohnungsnot entgegentreten!**

23

24 Zeile 110 An den ersten Satz anfügen:

25 Aber auch in den Kleinstädten wird es zunehmend schwierig, geeignete Mietwohnungen zu  
26 finden.

27 **Begründung:** Auf dem Lande gibt es einerseits Leerstand in abgelegenen Gegenden, in  
28 den ländlichen Kleinstädten andererseits, fehlen vor allem kleine und altersgerechte  
29 Mietwohnungen und Wohnungen für Geflüchtete.

30 Zeile 117 Im zweiten Satz nach „Städte“ einfügen: **und Gemeinden,**

31 **Begründung:** Warum nur Städte? Auch in Gemeinden breiten sich Profithäuser aus!

32

33 Abschnitt: **Sozial- und Gesundheitspolitik für mehr Lebensqualität**

34

35 Zeile 135 Vor dem zweiten Satz neuer Satz einfügen:

36 Auch auf dem Land muss eine wohnortnahe ärztliche und pflegerische Betreuung  
37 gewährleistet werden.

38 **Begründung:** Auf dem Lande und in den ländlichen Kleinstädten ist die ambulante  
39 Versorgung schon heute problematisch.

40

41 Abschnitt: **Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land**

42

43 Zeile 140 bis Zeile 146 neu formulieren:

44 Die Kluft zwischen Stadt und Land wächst. Um dieser Entwicklung zu begegnen, fordert DIE

45 LINKE einen Finanzausgleich für ländliche Regionen, deren Bevölkerungszahl kleiner wird.  
46 Während der Bevölkerungsdruck auf die Ballungsgebiete wächst, stellen sich auf dem Land  
47 ganz andere Probleme: Der ÖPNV wird ausgedünnt, kleine Schulen sind von Schließungen  
48 bedroht, Ämter und Behörden werden zentralisiert, die Gesundheitsversorgung  
49 verschlechtert sich, Arbeits- und Ausbildungsplätze in mittelständischen Betrieben fallen  
50 weg. Freizeit und Kulturangebote schwinden. Deshalb fordert DIE LINKE den Ausbau der  
51 kommunalen Selbstverwaltung, der den Kommunen mehr Handlungsmöglichkeiten eröffnet.

52 **Begründung:** Finanzausgleich und Stärkung kommunaler Selbstverwaltung sind die  
53 zentralen politischen Hebel für die Entwicklung auf dem Lande.

54

55 Abschnitt: **Für ein buntes statt braunes Hessen**

56

57 Zeile 186 Vor dem zweiten Satz einfügen:

58 Über 65 Millionen Menschen sind auf der Flucht vor Kriegen, Bürgerkriegen und Verfolgung.  
59 Die meisten suchen Zuflucht in den Nachbarländern ihrer Heimat. DIE LINKE tritt dafür ein,  
60 die finanziellen Mittel für die Flüchtlingshilfe und humanitäre Aufnahme, vor allem für das  
61 UNHCR, erheblich anzuheben. Die Flüchtlingspolitik soll darauf ausgerichtet werden, den  
62 Geflüchteten die Möglichkeiten zur Arbeit und Integration in den Zufluchtsländern zu  
63 eröffnen.

64 **Begründung:** Die Integration Geflüchteter in Deutschland ist ein bedeutsamer aber nur  
65 ein kleiner Ausschnitt der politischen Aufgaben in der Flüchtlingspolitik. Es ist wichtig, den  
66 Blick auf die Länder zu richten, die massenhaft Geflüchtete für viele Jahre aufnehmen.

67 Zeile 198 Vierter Spiegelstrich ersatzlos streichen

68 **Begründung:** Im Text bereits darauf hingewiesen, dass die LINKE die beschlossene  
69 Aushöhlung und weitere Verschärfung des Grundrechts auf Asyl kategorisch ablehnt. Auch  
70 auf der Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention und eines erweiterten Grundrechts auf  
71 Asyl in Deutschland wird es Abschiebungsgründe geben.

72

73 Abschnitt: **Für ein Hessen des sozialökologischen Umbaus**

74

75 Zeile 202 bis 212 neu formulieren:

76 Ab Zeile 202 bis Zeile 212 heißt es neu:

77 Umwelt- und Klimaschutz erfordern dringend den notwendigen sozial-ökologischen Umbau  
78 unserer Gesellschaft und der Wirtschaft. Dieser Umbau muss dazu beitragen, den  
79 Verbrauch natürlicher Ressourcen und den Energieverbrauch zu reduzieren. Dafür bedarf  
80 es einer grundlegenden Neuausrichtung staatlicher Wirtschaftsförderung. Den Ausbau der  
81 erneuerbaren Energiegewinnung wollen wir in genossenschaftlicher oder öffentlicher Hand  
82 ausbauen. Aber auch Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen soll den Grundsätzen  
83 der Ressourcenschonung und der Reduzierung von Energieverbrauch folgen.

84

85 Die Luft hessischer Städte ist in hohem Maße vor allem durch Abgase von Kraftfahrzeugen  
86 belastet. Es ist deshalb zwingend notwendig, Maßnahmen zu ergreifen. Dazu gehören vor  
87 allem die drastische Reduzierung des Auto- und LKW-Verkehrs in den Innenstädten und der  
88 Ausbau des ÖPNV mit schadstoffarmen Fahrzeugen.

89 **Begründung:** Für einen klaren und konsequenten sozial-ökologischen Umbau ist  
90 einerseits die ständige Profitmaximierung zu beseitigen aber andererseits noch viel  
91 wichtiger und grundsätzlich ehrlicher, die Verringerung des Verbrauchs von natürlichen  
92 Ressourcen und Energien.

93

94 Abschnitt: **Neuer Abschnitt**

95

96 Zeile 220 Neu einfügen: **Selbstbestimmt leben in einem inklusiven Land**

97 Inklusion ist ein Menschenrecht. DIE LINKE tritt für eine volle und wirksame Teilhabe aller  
98 Menschen mit Behinderungen ein. Wir wollen Barrieren abbauen - bauliche, kommunikative  
99 und strukturelle - und Senioren und Menschen mit Behinderungen eine unabhängige

100  
101  
102  
103

Lebensführung erleichtern. DIE LINKE tritt ein für Inklusion

- mit entsprechende personelle und materielle Ausstattung der Einrichtungen
- mit zumutbaren Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte bzw. Beschäftigte in den jeweiligen Einrichtungen